

Antrag 2018/KL/12
AsF-Landesvorstand RLP

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der
Version der Antragskommission

Einsetzung eines/einer hauptamtlichen Antirassismusbeauftragte(n) auf Landesebene

1 Der Landesparteitag möge beschließen:
 2 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für
 3 die Einsetzung eines/einer hauptamtlichen Antirassis-
 4 musbeauftragte(n) auf Landesebene einzusetzen, um
 5 auf der Grundlage des Nationalen Aktionsplans gegen
 6 Rassismus und verschiedener internationaler Über-
 7 einkommen im Rahmen der föderalen Zuständigkeit
 8 den Kampf gegen Rassismus und andere Ideologien
 9 der Ungleichwertigkeit zu stärken. Das Bekenntnis zur
 10 unantastbaren Würde jedes Menschen und das Ge-
 11 bot an alle staatliche Gewalt, sie zu achten und zu
 12 schützen, beherrschen alle Bestimmungen des Grund-
 13 gesetzes und bilden die Grundlage des gesellschaftli-
 14 chen Wertesystems. In Artikel 1 des deutschen Grund-
 15 gesetzes werden die Menschenrechte als Grundlage
 16 jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und
 17 der Gerechtigkeit in der Welt genannt. Rassismus und
 18 andere Ideologien der Ungleichwertigkeit stehen die-
 19 sen Grundsätzen entgegen. Menschen aufgrund bio-
 20 logischer, religiöser, kultureller oder anderer Merk-
 21 male in vermeintlich homogene Gruppen einzutei-
 22 len, ihnen unveränderbare „Wesens- und Charakterzü-
 23 ge“ zuzuschreiben und sie zu bewerten, widerspricht
 24 dem Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Menschen.
 25 Das Verbot rassistischer Diskriminierung hat völker-
 26 rechtlich absolute Geltung, ebenso wie die Verbote
 27 der Sklaverei, der Apartheid und des Genozids. Rassis-
 28 mus und Diskriminierung sind eine Verletzung und ein
 29 Hindernis für die Inanspruchnahme aller grundlegen-
 30 den Menschenrechte, eine Bedrohung für den gesell-
 31 schaftlichen Zusammenhalt und immer wieder Anlass
 32 für interne und internationale bewaffnete Konflikte.
 33 Rheinland-Pfalz leistet ebenso wie weitere Länder und
 34 Kommunen einen unverzichtbaren Teil der Arbeit ge-
 35 gen Rassismus und weitere Ideologien der Ungleich-
 36 wertigkeit sowie zur Extremismus Prävention und De-
 37 mokratieförderung – was nicht zuletzt in Länderpro-
 38 grammen und kommunalen Strategien einen wichti-
 39 gen Ausdruck findet. Die Länder sind zudem u. a. zu-
 40 ständig für die Polizeiarbeit, die Strafverfolgung, die
 41 Bildung und Kultur, Fragen der Jugend- und Sozialar-
 42 beit und der Prävention. Sie engagieren sich gemein-
 43 sam mit dem Bund, u. a. in der politischen Bildung.
 44 Die Rückkoppelung der Maßnahmen des Bundes mit
 45 den Ländern und Kommunen ist entscheidend, wenn
 46 es darum geht, gezielt Bedürfnissen und Problemen
 47 vor Ort zu entsprechen. In Rheinland-Pfalz erfolgt die
 48 Arbeit gegen Rassismus und weitere Ideologien der
 49 Ungleichwertigkeit sowie zur Extremismus Präventi-

Die SPD Rheinland-Pfalz setzt sich für die Einsetzung eines/einer hauptamtlichen Antirassismusbeauftragte(n) ein.

Streichung von Zeile 4 bis 9. Weiter mit Begründung ab “Bekenntnis” / Zeile 9.

50 on und Demokratieförderung bis jetzt ressortüber-
51 greifend. Alle Einzelstrategien zur Bekämpfung von al-
52 tersbezogener Diskriminierung, von Rassismus, Sexis-
53 mus, Behindertenfeindlichkeit, Homo- und Transpho-
54 bie sowie religiöser und weltanschaulicher Diskrimi-
55 nierung sollen bei der/dem Antirassismusbeauftrag-
56 ten gebündelt bzw. koordiniert werden. Die/der An-
57 tirassismusbeauftragte(n) könnte die Initiativen, Ver-
58 bände und Modellprojekte, die sich für die Stärkung
59 der Demokratie im Land engagieren, vernetzen und
60 sie in ihrem Kampf gegen Formen demokratie- und
61 rechtstaatsfeindlicher Phänomene sowie gruppenbe-
62 zogener Menschenfeindlichkeit, wie zum Beispiel Ras-
63 sismus und Antisemitismus – insbesondere Rechtsex-
64 tremismus – sowie politisierter oder vorgeblich poli-
65 tisch bzw. vorgeblich religiös legitimierter Gewalt (bei-
66 spielsweise gewaltorientierter Islamismus) sowie ge-
67 waltförmigen Manifestationen linker Militanz unter-
68 stützen. Sie/Er wäre Ansprechpartner(in) für alle Be-
69 lange dieser Initiativen, Verbände und Modellprojek-
70 te.
71 Wir fordern eine(n) Antirassismusbeauftragte(n) als
72 zusätzliche Maßnahme zum Antisemitismusbeauf-
73 tragte(n).